

Ampel-Gezerre über Entlastungen für Bürger – „FDP steht quer im Stall“

Stand: 16.08.2022 | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Ulrich Exner**
Korrespondent



V. l.: Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), Kanzler Olaf Scholz (SPD), Finanzminister Christian Lindner (FDP)

Quelle: Bertold Fabricius/WELT; Martin U. K. Lengemann/WELT (2); Montage welt.de/Claudia Weidner

Auch nach Festlegung der Gasumlage steigen die Verbraucherkosten drastisch. Die FDP liegt aber mit den Koalitionspartnern über Kreuz, was weitere Entlastungen angeht. Es tut sich eine tiefe Kluft auf – die Liberalen scheinen isoliert.

Die werden sich nicht einig. Jedenfalls nicht, wenn es um weitere finanzielle Entlastungen der Menschen in der aktuellen Energiekrise steht.

Während die zusätzlichen Belastungen durch die Gasumlage (<https://welt.de/240496097>) seit Montag feststehen, streiten die Parteien der Ampel-Koalition weiter über die Frage, wie sie den Bürgerinnen und Bürgern angesichts der auch deshalb massiv steigenden Energiekosten unter die Arme greifen sollen.

Während SPD und Grüne vor allem die Geringverdiener unterstützen möchten, plädiert die FDP eher für generelle Steuererleichterungen. Von einer Einigung der Koalitionsfraktionen

auf ein Entlastungskonzept, das spätestens mit dem Inkrafttreten der Gasumlage-Beschlüsse wirksam werden könnte, kann bisher keine Rede sein.

So erteilt die FDP-Fraktion dem Wunsch beider Koalitionspartner nach einer modifizierten Neuauflage des 9-Euro-Tickets (</wirtschaft/article240079275/9-Euro-Ticket-So-geht-es-ab-September-im-OEPNV-weiter.html>) ebenso eine Absage wie der Forderung einer weiteren Einmalzahlung nach dem Muster der für den Monat September geplanten Energiepreispauschale für Arbeitnehmer. „Breit gestreute Einmalzahlungen wie die Energiepreispauschale“, so FDP-Fraktionsvize Christoph Meyer auf WELT-Anfrage, seien „der falsche Weg, da sie die Inflation noch weiter anheizen“ würden.

Vielmehr müsse die Bundesregierung zur Senkung der Energiepreise beitragen, indem sie dafür Sorge trage, dass mehr Strom produziert werde. Dies könne unter anderem durch „eine Verlängerung der AKW-Laufzeiten“ erreicht werden, so Meyer. Bislang ist lediglich ein eng befristeter Weiterbetrieb (</politik/deutschland/plus240220521/Streit-ueber-Atomkraft-Energiekrise-wird-zum-Stresstest-fuer-Gruene.html>), ein sogenannter Streckbetrieb für eines der drei noch am Netz befindlichen Kernreaktoren im Gespräch, alles Weitere ist für weite Teile der beiden Koalitionspartner weiterhin ein No-Go.

Auch die von SPD und Grünen im Zuge der Einführung eines Bürgergeldes angestrebte Erhöhung des Grundsicherungsbetrages von derzeit 449 Euro für Alleinstehende lehnen die Freien Demokraten ab. „Forderungen nach höheren Regelsätzen“, so Fraktionsvize Meyer, „weichen von den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag ab.“ Die Grundsicherung, derzeit noch nach Hartz IV, würde schließlich „ohnehin jährlich an die Inflation angepasst“.

Wichtiger sei aus Sicht der FDP die Neuregelung des sogenannten Schonvermögens, „damit diejenigen, die in eine Notlage geraten und völlig unerwartet auf das Bürgergeld angewiesen sind, sich darauf konzentrieren können, wieder auf die Beine zu kommen und nicht den Verlust der Wohnung fürchten müssen“. Auch die Zuverdienstgrenzen besonders für jüngere Menschen, deren Eltern Bürgergeld beziehen, sollten nach Ansicht der Liberalen vereinfacht werden.

Missliche Lage der Koalition

Anders als viele Sozialdemokraten und Grüne will die FDP zudem die Schuldenbremse für das kommende Jahr nicht lockern. Eine „Notsituation im Sinne des Grundgesetzes“, die einen solchen Schritt erst ermöglichen würde, liege aus Sicht der Freien Demokraten nicht vor, so Meyer. FDP-Bundestagsfraktionschef Christian Dürr brachte am Dienstag stattdessen zur Entlastung der Bürger eine allgemeine Steuersenkung ins Spiel. „Damit würde man den Bürgern mehr von dem lassen, was sie sich erarbeiten, und die Inflation würde nicht weiter angeheizt.“

Angeheizt wird durch diesen Vorschlag zunächst allerdings nur die koalitionsinterne Debatte über das nächste Entlastungspaket der Bundesregierung. SPD und Grüne hatten sich in den vergangenen Tagen immer wieder gegen die von Dürr geforderte allgemeine Steuersenkung ausgesprochen. Beide Parteien wollen stattdessen gezielt Geringverdiener unterstützen. „Die FDP steht quer im Stall“, kommentiert eine Sozialdemokratin, die von der ablehnenden Haltung der Liberalen gegenüber den Entlastungsvorschlägen der rot-grünen Partner irritiert ist, die missliche Lage der Ampel-Koalition. „Man fragt sich, ob die überhaupt regieren wollen.“

In der Tat unterscheiden sich Antworten der Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen auf die gleichlautenden WELT-Anfragen zu künftigen Entlastungspaketen diametral von denen des liberalen Koalitionspartners. So sprechen sich die Fraktionsvorsitzende der Grünen Katharina Dröge und die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast nicht nur für ein erhöhtes Bürgergeld, sondern auch für eine Wiederauflage der Energiekostenpauschale sowie der vergünstigten Nahverkehrstickets aus.

Beide Maßnahmen, so Dröge, seien „besonders geeignet, um die Bürgerinnen und Bürger sozial gerecht zu entlasten“. Weiterhin sei es „richtig, sowohl das Bürgergeld zu erhöhen als auch das Wohn- und das Kindergeld anzuheben und als Unterstützungsleistung für mehr Menschen zugänglich zu machen“.

Auch für die Sozialdemokratin Mast haben sich insbesondere „die Zulagen für Kinder, die 300 Euro Energiepreispauschale und das 9-Euro-Ticket als bezahlbares Angebot ohne Verkehrsverbundgrenzen bewährt“. Aus dieser Erfahrung, so Mast, „können wir Lehren ziehen, welche Instrumente gut wirken“. Dass die Ampel-Parteien bei diesem Prozess jenseits der bereits weitgehend geeinten Wohngeld-Reform zu einem für alle Seiten

befriedigenden Ergebnis kommen, darf angesichts des bisherigen Verlaufs der Diskussionen bezweifelt werden.

Spahn fordert „Klimaticket nach österreichischem Vorbild“

Insofern sollte sich niemand wundern, dass die Opposition im Bundestag diese Gegensätzlichkeit zur Attacke auf das heterogene Regierungsbündnis nutzt. Für Jens Spahn zum Beispiel, Ex-Minister und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, rächt sich gerade, „dass die Ampel im Sommer auf kurzfristige Entlastungen mit der Gießkanne gesetzt hat. Jetzt laufen die Maßnahmen aus, und die Inflation steigt.“

Spahn fordert deshalb „strukturelle, dauerhafte Maßnahmen, die sich stärker auf Berufspendler ausrichten“. Als Beispiel nennt Spahn „ein Klimaticket nach österreichischem Vorbild“, eine mit 1095 Euro pro Jahr nicht ganz billige Einheitsfahrkarte für den Nah- und Fernverkehr. Spahn spricht sich zudem für einen vergünstigten Energie-Grundbedarf und die Einführung von „Energiespargutscheinen“ aus, mit denen Haushalte für jede im Vergleich zum Vorjahr eingesparte Kilowattstunde eine Bonus-Gutschrift von 20 Cent erhalten sollen.

Auch die kleineren Oppositionsparteien attackieren die Ampel. So fordert die AfD „echte Entlastungen für Pendler durch eine kräftige Anhebung der Entfernungspauschale auf 60 Cent pro Kilometer und die Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe“, so Arbeitsmarktpolitiker René Springer. Das 9-Euro-Ticket lehne man dagegen als „Symbolpolitik“ ab.

Die Linkspartei fordert nach Angaben des Parlamentarischen Geschäftsführers Jan Korte, Geringverdiener „als Sofortmaßnahme mit einem sozialen Klimageld von 1500 Euro im Jahr für das erste und 600 Euro für jedes weitere Haushaltsmitglied zu unterstützen“.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (<https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd->

[d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus240516751/Ampel-Gezerre-ueber-Entlastungen-fuer-Buerger-FDP-steht-quer-im-Stall.html?cid=search&ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v)) *oder direkt per RSS-Feed.*

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240516751>